

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 085-2017
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.204

Eingereicht am: 26.03.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 970/2017 vom 13. September 2017
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Endlich Transparenz betreffend finanzielle Auswirkungen der Standorte der BFH

Leider hatte schon der erste Bericht des Regierungsrates von 2011 das Ziel, Burgdorf als Standort zu eliminieren, und enthielt deshalb Unwahrheiten: Burgdorf sei schlecht an den öffentlichen Verkehr angeschlossen usw. Dies konnte widerlegt und die Vorzüge des Standorts Burgdorf dargelegt werden: Die Gebäude gehören dem Kanton Bern, sind in gutem Zustand und in 5 Minuten vom Bahnhof erreichbar, Züge verkehren alle Viertelstunden nach Bern, sowie dreimal pro Stunde nach Solothurn und Olten usw. Damals hatten fünf Grossräte aus allen Landesteilen einen Vorstoss eingereicht, damit die drei Standorte der BFH bestehen bleiben sollten. In derselben Session verabschiedeten wir Planungserklärungen (ich war damals in der Kommission BFH) und wieder stimmte eine grosse Mehrheit der Grossräte dem Erhalt der drei Standorte zu. Gutgläubig zogen wir nach dieser klaren Entscheidung unsere Motion zurück. Danach war mehr als drei Jahre lang Funkstille und eine geheime Findungskommission wurde ernannt. Dieser, aber auch den Exponenten der BFH wurden Maulkörbe verpasst. Dann im Januar 2016 wurde ein Postulat eingereicht, das forderte, das «Päckli» WGS (wie insbesondere von Wirtschaftsfachleuten gewünscht wurde) auseinander zu nehmen. Das heisst: Burgdorf sollte der Standort einer Business School werden. Dieser Vorstoss wurde aber erst nach der Abstimmung über die vier Alibi-Varianten (alle Departemente in Bern, alle in Burgdorf, Status quo oder Lädere in Burgdorf/WGS in Bern), die eigentlich niemand so wollte, im Grossen Rat traktandiert. Anschliessend wurde behauptet, dass die Variante Business School in Burgdorf geprüft und verworfen worden sei. Auf

welchen Erkenntnissen dies geschah, blieb für uns Grossräte (ausser evtl. den Mitgliedern der BiK) im Dunkeln. Auch die finanziellen Auswirkungen wurden nie transparent dargelegt.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie hoch sind die «Zügelkosten», Betriebskosten, Neubaukosten, die Verkehrskosten für die Umlagerung der Pendlerströme der vom Regierungsrat abgeklärten, aber dem Grossen Rat nicht offengelegten, drei Varianten:
 - a. «Lädere» in Burgdorf, Soziales/Gesundheit/Wirtschaft in Bern mit neuem Campus
 - b. Business School in Burgdorf, Soziales/Gesundheit in Bern mit neuem Campus
 - c. Business School in Burgdorf, Soziales/Gesundheit in bestehenden Räumlichkeiten (wie zum Beispiel diejenigen des relativ neuen, ideal in der Nähe des Inselspitals gelegene Campus «Gesundheit», siehe Link <http://www.gesundheit.bfh.ch/de/campus/standort.html>)?
2. Welche Kantone haben einen Campus, bei dem das «Päckli» Wirtschaft/Gesundheit/ Soziales zusammengelegt ist?
3. Welche Kantone haben «Wirtschaft» als eigenständigen Standort, wie dies im Ausland Usus ist?
4. Werden in Zukunft dem gesamten Grossen Rat (als Entscheidungsträger) die benötigten Informationen zum Projekt BFH vorgelegt, damit die für uns alle vorgesehenen Kompetenzen auch genutzt werden können?

Antwort des Regierungsrates

Der Bericht zur «Standortkonzentration; Standortanalyse Bern und Burgdorf»¹ wurde vom Grossen Rat am 1. Juni 2016 zur Kenntnis genommen. Dem Bericht zugrunde liegen umfassende Berechnungen. Die Interpellantin stellt korrekt fest, dass die Variante einer «Business School» in Burgdorf nicht Teil des Berichts ist. Hingegen wurden die Kosten der im Bericht dargelegten und geprüften Varianten dem Grossen Rat transparent vorgelegt. Die Berechnungen dazu sind im Bericht zu finden. Damit bei der Prüfung von Varianten Vergleichbares miteinander verglichen werden konnte, wurden beim Variantenvergleich im Bericht jeweils von denselben Rahmenbedingungen (siehe Kapitel 6.2 des Berichts, Seite 37ff.) ausgegangen. Bei den aufgeführten Beträgen handelt es sich um Vergleichsberechnungen auf Basis von Standardkosten mit einer Kostengenauigkeit gemäss der gängigen SIA-Norm von +/- 30 %. Die geschätzten Beträge beziehen sich jeweils auf die Gesamtheit der betrachteten Institutionen und gehen immer von denselben vergleichbaren Annahmen in allen Varianten aus.

Im Zuge der Vorberatung des Geschäfts durch die Bildungskommission vor der Behandlung im Grossen Rat wünschten die Kommissionsmitglieder zusätzlich die Berechnung und den Vergleich einer Variante, nach welcher ausschliesslich der Bereich «Wirtschaft» nach Burgdorf ver-

¹ <http://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/85a1e7d564bf4450ae6c54af2fbbe6d4-332/2/PDF/2015.RRGR.831-Beilage-D-120344.pdf>

legt würde. Diese wurde auf derselben Basis wie die drei im Bericht verglichenen Varianten erstellt. Die Bildungskommission gelangte aufgrund ihrer intensiven Befassung mit den im Bericht evaluierten Varianten sowie der erwähnten weiteren Variante zum Schluss, dass auf ein Vorlegen zusätzlicher Varianten verzichtet werden soll.

Frage 1:

- a. Diese Variante entspricht der Variante 3 des Berichts, welche nun umgesetzt wird. Für den Neubau der Technischen Fachschule Bern (TF Bern) auf dem Gsteig-Areal ergab die Berechnung, die auf Annahmen gemäss den einleitend erwähnten Rahmenbedingungen beruht, Ausgaben über den gesamten Betrachtungszeitraum 2013-2045 von netto 117 Mio. Franken. Für den Campus in Bern, der neben den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit auch die performativen Künste sowie das Rektorat und Services umfassen soll, wurden Mietkosten von netto 368 Mio. Franken ausgewiesen. Da der Kanton Bern das Gelände nun im Baurecht erwerben und den Campus selbst bauen kann, wird die Variante längerfristig noch deutlich wirtschaftlicher als unter der ursprünglichen Annahme einer Mietlösung. Die berechneten Nettoausgaben für diese Variante werden für die Jahre 2013-2045 mit 767 Mio. Franken ausgewiesen (die Kostenzusammenstellung ist im Bericht auf Seite 64 zu finden).
- b. Diese Variante wurde unter der Annahme derselben Rahmenbedingungen ebenfalls für denselben Betrachtungszeitraum 2013-2045 berechnet. Ein Campus Wirtschaft in Burgdorf würde Nettoausgaben von rund 47 Mio. Franken verursachen und der um den Raumbedarf für die Wirtschaft verkleinerten Campus in Bern 309 Mio. Franken. Die tieferen Kosten für die Neubauten der BFH im Vergleich zur Variante 3 würden aber durch den Verbleib der TF Bern in den heutigen Gebäuden aufgewogen, welcher aufgrund der hohen Mietkosten und der räumlichen Aufteilung in derselben Zeitspanne Kosten von 192 Mio. Franken verursachen würde, dies im Vergleich zu 117 Mio. Franken bei Variante 3. Die berechneten Nettoausgaben für diese Variante betragen 757 Mio. Franken.
- c. Die im Bericht als Referenzvariante angenommene Variante 4, die von einem Status quo aller Standorte ausgeht, zeigt sich mit berechneten Nettoausgaben von 822 Mio. Franken als teuerste Variante. Durch die vielen Standorte, die sich oft in Mietobjekten befinden, liegen die Kosten generell höher als bei den Varianten mit zusammengeführten Standorten. Die Kosten für einen separaten Standort Wirtschaft in Burgdorf würden auch in dieser Variante bei rund 47 Mio. Franken liegen.

Bei den berechneten Varianten ergaben sich nur geringfügige Kostenunterschiede bei einer Betrachtung der durchschnittlichen Nettoausgaben pro Jahr für die Periode 2013-2045. Der Variantenentscheid von Regierung und Grosse Rat wurde letztlich aufgrund eines Gesamtvergleichs gefällt, bei dem neben den Kosten noch zahlreiche weitere Faktoren einbezogen worden sind. Insbesondere können bei der Variante unter 1a. gegenüber 1b. inhaltliche und betriebliche Synergien der BFH und TF Bern besser genutzt und im Einklang mit der Liegenschaftsstrategie des Kantons Mietverhältnisse (TF Bern in der Felsenau) aufgelöst werden. Langfristig betrachtet ist die Variante 1a. die kostengünstigere Lösung.

Frage 2 und 3:

Die Interpellantin stellt die Frage, welche Kantone einen Campus für die Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit und welche Kantone einen eigenständigen Standort für die Wirtschaft haben. Dazu gilt es festzuhalten, dass die Mehrzahl der heute sieben öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen der Schweiz nicht von einem einzelnen Kanton getragen werden wie die BFH, sondern eine Trägerschaft aus mehreren Kantonen aufweisen. Eine gemeinsame Trägerschaft hat meist auch Auswirkungen auf die Anzahl betriebener Standorte.

Die Angebots- und Standortsituation für die Fachrichtungen Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit bei den - neben der BFH - sechs weiteren Fachhochschulen der Schweiz stellt sich wie folgt dar:

- Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) wird vom Kanton Zürich getragen: Die Bereiche Wirtschaft und Gesundheit werden als je eigene Departemente am Standort Winterthur geführt, das Departement Soziale Arbeit befindet sich am Standort Stadt Zürich.
- Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) hat vier Trägerkantone (BS, BL, AG, SO) und führt je ein Departement Wirtschaft und Soziale Arbeit, Gesundheit wird nicht angeboten. Das Departement Wirtschaft ist an drei der vier Campus-Standorte der FHNW vertreten, nämlich in Olten SO, Brugg-Windisch AG und Muttenz BL. Das Departement Soziale Arbeit hat Standorte in Olten und in der Stadt Basel.
- Die Hochschule Luzern (HSLU) wird von sechs Kantonen getragen (LU, ZG, UR, SZ, OW, NW). Sie besitzt je ein Departement Wirtschaft und Soziale Arbeit, Gesundheit wird nicht angeboten. Sowohl Wirtschaft als auch Soziale Arbeit haben ihren Standort in der Stadt Luzern. Eines der vier Institute des Departements Wirtschaft befindet sich in der Stadt Zug und soll ab 2019 mit dem Departement Informatik der HSLU am neuen Standort Rotkreuz ZG zusammengeführt werden.
- Die Fachhochschule Ostschweiz (FHO) wird von sechs Kantonen getragen (AI, AR, GR², SG, SH, TG). Sie verfügt über je einen Fachbereich Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit, die alle im Campus St Gallen konzentriert sind. Lediglich Wirtschaft wird zusätzlich auch in Chur angeboten.
- Die Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana (SUPSI) wird vom Kanton Tessin getragen. Sie hat ein Departement Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit, welches sich am Standort Manno bei Lugano befindet.
- Die Fachhochschule der Westschweiz HES-SO wird von sieben Kantonen getragen (BE, GE, FR, JU, NE, VD, VS) und besitzt je einen Fachbereich Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit. Wirtschaft wird in Freiburg, Genf, Neuenburg, Siders und Yverdon angeboten, Gesundheit in Freiburg, Genf, Lausanne, Neuenburg und Sitten, Soziale Arbeit in Freiburg, Genf, Lausanne und Siders.

Keine der öffentlich-rechtlichen Schweizer Fachhochschulen betreibt den Bereich Wirtschaft an einem örtlich gänzlich von allen anderen Fachbereichen abgetrennten Standort und der Regierungsrat hat keine Kenntnis von Standortprojekten, die eine solche örtliche Abtrennung vorsehen. Da die betrieblichen und akademischen Rahmenbedingungen für alle Schweizer Fachhochschulen grundsätzlich ähnlich sind, haben die meisten Trägerschaften entweder schon Standortkonzentrationen vorgenommen oder es sind Konzentrationsprojekte im Gange.

² Gegenwärtig ist der Kanton Graubünden daran, die HTW Chur aus der gemeinsamen Trägerschaft zu lösen und die eigenständige FH Graubünden zu gründen

Frage 4:

Ja. Nachdem der Grosse Rat nun in der Junisession 2017 bereits über den Ausführungskredit für den Campus Biel/Bienne entschieden hat, wird es künftig noch um die Kreditbeschlüsse für die Projektierung und Realisierung des Campus Bern gehen. Dabei werden dem Plenum des Grossen Rats alle üblichen Informationen zu den Kreditanträgen unterbreitet werden. Usanzgemäss wird die vorberatende Kommission (oder allenfalls mehrere Kommissionen) auch noch weiterführende Grundlageninformationen erhalten.

Verteiler

- Grosser Rat